

Hamburger Gruppe folgte Spuren abgeschobener Roma

von Tamara Willeke

Ihr Schicksal hat viele Menschen in der Region bewegt und fassungslos gemacht. Im Dezember hatte das Land Niedersachsen die achtköpfige Roma-Familie Meta in den Kosovo abgeschoben. Eine Familie die gut in Otterndorf integriert war, so der Arbeitskreis Asyl Cuxhaven. Am Donnerstag lud er zusammen mit weiteren Organisatoren zu einem Informationsabend in die Stadtscheune in Otterndorf ein.



Beim Informationsabend war die Stadtscheune bis auf den letzten Platz besetzt
Foto: tw

OTTERNDORF · Im Jahr 2001 kam das Ehepaar Meta mit seinen fünf Kindern im Alter von damals eins bis neun Jahre auf ihrer Flucht vor rassistischer Unterdrückung nach Deutschland. Ihr Asylantrag wurde jedoch abgelehnt. Auch für ihr in Deutschland geborenes jüngstes Kind. Trotz des unsicheren Status hatte sich die Familie gut integriert, die Kinder besuchten Hort und Schule. Nachdem die niedersächsische Härtefallkommission den Antrag der Familie ablehnte, erfolgte die Aufforderung zur Abreise. „Uns hat entsetzt wie in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember die Familie Meta in einer Nacht- und Nebelaktion ohne Rücksicht auf die einfachen

„Vielleicht können wir doch noch etwas für die Familie Meta tun“, meinte Kleist, der sich freute, dass der Informations- und Solidaritätsabend auf so große Resonanz stieß. Das Aktionsbündnis aus Arbeitskreis Asyl, Asylnetz im Landkreis, Deutscher Kinderschutzbund, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Zukunft durch Erinnern e.V. Otterndorf, SPD, Grünen und weiteren hatte für diesen Abend Marily Stroux und Marine de Haas aus Hamburg eingeladen. Die beiden sind Mitglieder einer Gruppe die Roma in Hamburg unterstützt. Um die Diskriminierung der Volksgruppe vor Ort zu dokumentieren, reisten sie im letzten Jahr nach Serbien

Meta mache, so die Otterndorfer Unterstützer. Im konkreten Fall der Familie sagten Marily Stroux und Marine de Haas, dass eines für die abgeschobenen Familien wichtig sei: „Bleiben Sie in Kontakt mit der Familie und versuchen Sie, sie zu unterstützen.“ Dieser Kontakt besteht. Und der Kreis der Unterstützer, die eine Rückführung der Familie fordern wird größer. Schon bei der Kreistagssitzung letzter Woche hatte Virginia Stüben vom Arbeitskreis Asyl auf der Kreistagssitzung eine Liste mit 200 Unterschriften überreicht. Inzwischen hat sich die Zahl verdoppelt. Unter ihnen auch viele Politiker unterschiedlicher Couleur, wie Karl-Heinz Zulkowski-Stüben vom Arbeitskreis Asyl betonte. Doch Papier sei geduldig, meinte er und forderte die Politiker daher auf, ihrer Unterschrift auch Taten folgen zu lassen.

Der Rechtsanwalt der Familie versuche diese wieder zurückzuholen. Denn er hatte einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach §25a Aufenthaltsgesetz-Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden - gestellt. Ein Antrag, der nach Ansicht des Anwalts berechnete Aussicht auf Anerkennung der notwendigen Bedingungen hatte: Der gelungenen Integration. Doch noch bevor der aktuelle Stand der Integration überprüft worden sei, sei die Abschiebung eingeleitet worden, so Kleist. „Und das ist illegal“, findet er. Der Rechtsanwalt wolle der Ausländerbehörde jetzt Rechtsbruch nachweisen. Dass die Familie ihren Platz in Otterndorf hatte, zeige auch ein Brief, den die Klassenkameraden aus der Wittmackschule in Otterndorf an den elfjährigen Rama schrieben: „Wir vermissen dich sehr! Wir hoffen, dass es dir gut geht. Wir vermissen besonders deine gute Laune und dein Lachen und natürlich deinen Gesang. Wir würden dich sehr gerne wieder hier haben.“



Die Familie Meta steht per Handy in Kontakt mit den Freunden in Otterndorf

ten menschlichen Bedürfnisse aus ihrer Wohnung geholt und zum Flughafen gebracht wurde“, fasste Heinrich Kleist vom Arbeitskreis Asyl die Empörung vieler in wenigen Worten zusammen. Bis auf den letzten Platz war die Stadtscheune besetzt, unter den Interessierten auch Bürgermeister Claus Johannßen und Samtgemeindebürgermeister Harald Zahrte.

in Hütten die wie Papphäuser aussehen, ohne Wasser und Strom. Anstatt ihnen eine richtige Perspektive zu geben, würden sie von den Behörden weit weg von der Stadt in Siedlungen gebracht, da sie aus dem Stadtbild verschwinden sollten. Die Kinder gingen oft nicht zur Schule, die Eltern fänden keine Arbeit, weil Papiere fehlten. Erfahrungen, die auch die Familie

Elbe-Weser-Aktuell vom
25.01.2012